Buchempfehlungen vom Buchhaus Bünger



„Die DDR war ein Teil meines Lebens"
Ein deutsches Geschichtsbuch 1918-2000
von M. Fraumann

Sind Sie in der DDR großgeworden? Ärgern auch Sie sich über die westliche Berichterstattung? Finden auch Sie, Sie haben in der DDR ein Leben geführt?
Dann lesen Sie dieses Buch. Sie werden sich darin wiedererkennen.
Sind Sie in der alten Bundesrepublik großgeworden? Oder in Westberlin? Fragen auch Sie sich, wie man in der DDR überhaupt hat leben können? Trotz Stasi und Terror, Mauer und Stacheldraht, Diktatur? Dann lesen Sie dieses Buch. Sie werden viel über Ihre eigene Geschichte erfahren. Und lernen 50 Menschen kennen: Die sind wie Sie.



Eigentlich sollte **Rudolf Hickels** Kassensturz ja schon 2005 erscheinen und das aus seiner Sicht desaströse Ergebnis der rot-grünen Wirtschafts- und Finanzpolitik bilanzieren. Dann kam die vorgezogene Bundestagswahl dazwischen, die uns eine neue, schwarz-rote Regierung bescherte. Da diese aber, wie der Autor darzulegen versucht, im Wesentlichen an die wirtschaftspolitischen Grundirrtümer der alten Regierung anknüpft, hat Hickel an seiner Diagnose nur wenig ändern müssen, die man mit einem Satz etwa so zusammenfassen kann: Die herrschende wirtschaftspolitische Meinung marschiert seit mehr als drei Jahrzehnten immer weiter auf dem Holzweg des Neoliberalismus, obwohl man ihn doch eigentlich längst als einen solchen erkannt haben müsste.

Termine

03.11.06 15.30 Uhr
Kaffeegespräch der PDS-Fraktion in Auswertung der GVT vom 02.11.06, Cafe Louni, Schäferplatz

03.11.06 19.00 Uhr
„Brecht Schnipsel Solo"gespielt und gesungen von Richard Maschke in der „Arche", Carl-Schmäcke-Str.

11.11.06, 18.00 Uhr
RLS Franz-Mehring-Platz Berlin: Aufführung des „Kommunistischen Manifests" von Bert Brecht in einer Bearbeitung von Manfred Weckwerth

15.11.06 14.30 Uhr
Seniorenakademie im Haus der Senioren, Hauptstr.74-85

18.11.06 ab 13.00 Uhr
Tag der Demokraten in Halbe

24.11.06 19.00 Uhr
„Wir sehen nicht weg!"
Für Toleranz und Solidarität und Internationalität, Veranstaltung des KV der Linkspartei.PDS von MOL im Teehäuschen Bad Freienwalde

25.11.06 ab 14.00 Uhr
Basiskonferenz der Berlin-Brandenburger Linken im Inselhotel Potsdam-Hermannswerder,

Interessenten für die Veranstaltungen in Halbe, Bad Freienwalde und der Basiskonferenz in Potsdam melden sich bitte beim Vorstand!

Vormerken: 08.12.06, 17.00 Uhr Jahresabschlußveranstaltung der BO in der Arche

Im Gespräch
kann jetzt auch unter
http://www.pds-neuenhagen.de/info.htm
als PDF-Datei herunter geladen werden!

- Halbe 2006 -
„Lass die Nazi-Träume platzen"

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit-
Ablaufplan: „Straße der Demokraten", in der Lindenstraße stellen sich die Mitglieder des Aktionsbündnisses und alle beteiligten politischen Parteien sowie Organisationen vor (13.00 Uhr – 14.00 Uhr)
Gottesdienst auf dem Friedhofsvorplatz, Ernst-Teichmann-Straße (14.00 Uhr)
Transparentaktion und Menschenkette „Brandenburg: Lebendig und weltoffen": Vom Friedhof bis zur Lindenstraße wird eine Menschenkette gebildet und die von Schülerinnen und Schülern gestalteten Transparente werden bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal gezeigt.
15.00 Uhr – 17.00 Uhr
Kundgebung u.a. mit:
Petra Pau, Gunter Fritsch, Matthias Platzeck u.a.m

Einladung

für den
13. November, 19.00 Uhr, öffentliche Beratung mit dem Beigeordneten des LR, Lutz Amsel im Haus der Generationen, Berliner Allee, Altlandsberg
Thema: Die Verantwortung von Politik und Verwaltung im Kreis sowie der Stadt Altlansberg zur Sicherung der Daseinsfürsorge der Bürger.



Impressum
Herausgeber: *DIE LINKE.PDS* - Ortsorganisation Neuenhagen bei Berlin
Zuschriften bitte an:
Hartwig Wolff, Jahnstr. 58A, 15366 Neuenhagen.
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend zu bearbeiten. Zuschriften müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck des „Informationsblattes" wird durch Spenden finanziert.

EuropäischeLINKE

Im Gespräch

DIE LINKE.PDS
Informationsblatt des Ortsvorstandes Neuenhagen bei Berlin
11/2006

Auf ein Wort...

von Peter Fischer

Am Samstag, dem 21. Oktober 2006 fand die Kreisdelegiertenkonferenz statt. Unsere Ortsorganisation war mit 8 Genossinnen und Genossen als Delegierte oder Gäste repräsentativ vertreten.
Grußworte wurden durch den Landrat Gernot Schmidt und in Vertretung des Strausberger Bürgermeisters durch Frau Stadler überbracht. Beide sprachen für die positive Kooperationsbereitschaft in der Kommunalpolitik ihren Dank an unsere Partei aus und sprachen den fairen Umgang miteinander an.
Die scheidende Kreisvorsitzende Kerstin Kaiser hob hervor, dass sich die Partei besonders durch ihre Erkennbarkeit für soziale Gerechtigkeit von den anderen Parteien abhebt. Deshalb ist es erforderlich, die Daseinfürsorge noch stärker als bisher in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen (Bildung, Gesundheit, Verkehr, Kultur…). Dies auch mit dem Hintergrund, dass die soziale Verwahrlosung immer größere Ausmaße annimmt. So werden beispielsweise mittlereise 949 Kinder über die Strausberger Tafel versorgt.
Die Orientierung für die politische Arbeit in der nächsten Zeit erfolgte auf
• Die Kommunalpolitik (es lag vor ein Entwurf zu kommunalpolitischen Leitlinien für MOL, erarbeitet von Kerstin Kaiser und Lutz Amsel),
• Die Diskussion des Leitbildes des Landesvorstandes für das Land Brandenburg und
• Den Parteibildungsprozess (notwendige Kompromisse, aber klare Positionen zum Sozialismus und der Einheit von freiheitlichen und sozialen Rechten sowie auf das strategische Dreieck).
In der Diskussion berichteten u.a. Dieter Schäfer, Vorsitzender der Linksfraktion, über die Ergebnisse des Kooperationsabkommens zwischen Linkspartei.PDS, SPD und Bauernpartei im Kreistag. Lutz Amsel, Beigeordneter, stellte dar, dass es im Landkreis 16000 Bedarfsgemeinschaften Hartz IV gibt, wovon 25000 Bürger (13%) und 5000 Kinder betroffen sind. Beim Anteil der Kinder gibt es gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um ein Drittel! Bernd Sachse, der neue Kreisvorsitzende, gab Anregungen für die Arbeit des neuen Kreisvorstandes in der Kommunalpolitik, der Erstellung eines Energiekonzeptes und der Leitliniendiskussion des Landesvorstandes.
Eine Resolution zur Unterstützung der Großdemonstration des DGB wurde nach Berlin übermittelt.
Die Wahlergebnisse:
• Neuer Kreisvorsitzender: Bernd Sachse
• Neuer/alter Schatzmeister: Joachim Fiedler
• Geschäftsführer: Wolfram Wetzig
• Neuer Kreisvorstand: 15 Mitglieder, darunter unser Sven Kindervater



• In die Kreisrevisionskommission wurde Helga Pietschmann wiedergewählt.
Als Delegierte für den Landesparteitag wurden aus unserer Ortsorganisation Helga Pietschmann und Sven Kindervater gewählt.
Zum Kreisverband zählen 985 Genossinnen und Genossen. Erstmals konnte 2005 die Mitgliederzahl gehalten werden. 23% der Parteimitglieder stehen in Arbeit, 4% sind arbeitslos. 73% sind Rentner, Schüler und Studenten. 750 Genossen sind 60 Jahr und älter, 36 sind 19-40 Jahre alt. Hier zeigt sich eindringlich, wie wichtig es ist, der Nachwuchsgewinnung entsprechendes Augenmerk zu schenken.
P.S.: Übrigens hatten wir drei jüngere GenossInnen als Delegierte gewählt (Daniela, Sven, Uwe). Erfreulich war, wie sie in den Pausen herzerfrischende politische Diskussionen führten, das macht Mut zum Weitermachen! Herzlichen Glückwunsch Helga und Sven!

Mit Michael Rosenberg im Gespräch

Michael, in Deinem Beitrag in der Oktoberausgabe hast Du Überlegungen zum Bürgerhaus begründet. In der Zwischenzeit fand eine bemerkenswerte gut besuchte Gesprächsrunde mit dem Bürgermeister statt. Wie sehen die Resultate aus?
Mit der Diskussion über das Bürgerhaus hat unser Bürgerverein Neuenhagener Zenrum e.V.eine richtige Lawine losgetreten. In der Gesprächsrunde, die wir gemeinsam mit dem Bürgerverein Bollensdorf organisiert haben, kam zum Ausdruck, dass viele Menschen das Thema interessiert. Der Bürgermeister ließ sich nur auf schon abgedroschene Statements ein. Eine sichere Antwort, dass das Bürgerhaus NICHT verkauft wird, ließ sich aus seinen Ausführungen nicht heraushören.
Läuft nicht letzthin die ganze Sache auf einen Verkauf hinaus?
Wie schon gesagt, ein Verkauf wurde vom Bürgermeister nicht 100-prozentig ausgeschlossen. Meiner Meinung nach ist auch das Konzept, einen Investor zu suchen, der das Bürgerhaus unter kommunalen Gesichtspunkten saniert und bewirtschaftet, aussichtslos. Es widerspricht den Grundsätzen der Marktwirtschaft, denen ein Unternehmer unterliegt. Ein Investor kann meines Erachtens die Sanierung und Bewirtschaftung des Bürgerhauses nur übernehmen, wenn er entweder seine Leistungen an die Kommune vermarktet oder ein Bonbon, sprich das knapp 1 ha große Grundstück des Bürgerhauses dazubekommt.
Es wird davon gesprochen, dass die Frage Bürgerhaus und das anschließende gemeindliche Flurstück zwei Seiten einer Medaille sind. Welche Gedanken hast Du dazu?
Genau das ist ein Problem, das den Bürger interessiert. Eben dieses Flurstück gehört mit zu den „Kronjuwelen" der Gemeinde. Ein Verkauf ist einfach und macht der Verwaltung viel weniger Arbeit als eine zweckmäßige Eigennutzung. Die Vorstellung der neuen Pläne für die Bibliothek in den Ausschüssen macht mir jedoch Hoffnung, dass zunehmend

mehr Menschen in der Verwaltung und unter den Abgeordneten das Bürgerhaus, die Bibliothek und das anliegende Flurstück als eine zentrale Einheit in unserem Neuenhagen sehen.

Was wäre zu tun, damit sich die Neuenhagener auch künftig aktiv in die Diskussion einbringen?

Das ist schwierig. Presseveröffentlichungen und vor allem Workshops mit einer großen Bürgerbeteiligung sind ein gangbarer Weg. Am meisten seine Meinung einbringen kann jeder einzelne jedoch in einer gut funktionierenden Agenda 21 Bewegung.

Noch eine Frage: Könnte der Bürgerverein Verstärkung gebrauchen?

Wir brauchen jeden Bürger, der seinen Heimatort mitgestalten will in unserem Verein, alle sind grundsätzlich willkommen und werden gebraucht.

Die Redaktion bedankt sich für das Gespräch.

Informationen aus dem Ortsvorstand

Auf seiner jüngsten Beratung hatte der Ortsvorstand ein beachtliches Pensum zu bewältigen.

Es waren Schlussfolgerungen aus der Mitgliederversammlung vom 3. Oktober 2006 zu besprechen. So ist insbesondere die Erfahrungsvermittlung zu beachten. Dies gerade bei einem Thema wie die Kommunalpolitik. So ein komplexes Thema wurde lange Zeit nicht behandelt Es sollte zukünftig periodisch Gegenstand unserer Zusammenkünfte sein.

Die erste Bildungsveranstaltung am 20. Oktober 2006 wird als gelungener Auftakt bewertet. Dank der AG Bildung. Rund 30 Anwesende sollten uns aber nicht genügen.

Es wurden Maßnahmen zur Vorbereitung der Berichtswahlversammlung (Ende Januar 2007) getroffen. So insbesondere für die Erarbeitung der Beschlussentwürfe (Arbeitsschwerpunkte für 2007/2008 und die Öffentlichkeitsarbeit).

So sollen auch die Beschlüsse der Kreisdelegiertenkonferenz vom 21. Oktober 2006 als unser Beitrag zum Leitbild MOL verstanden werden.

Im Beisein von Sven Kindervater wurden ausgewählte jugendpolitische Fragen diskutiert.

Zu den weiteren Themen gehörten die Vorbereitung der Jahresabschlussveranstaltung (8.Dezember 2006), der Finanzplan für 2007 und die Diskussion zu den Gründungsdokumenten der neuen Linkspartei. Dazu ist aktuell notwendig, dass jeder von uns über sie verfügt (ND, Internet, Verteilung der Entwürfe) und auch seinen Beitrag für die Ausarbeitung unserer Position leistet.

Im Beisein des Mitgliedes des „Rates der Alten“, Gen. H. Schneider und des Gen. H. Habermann wurde eine Diskussion zur Kultur in der Kommunalpolitik geführt.

„Bündnis für Familie“ …

Jetzt haben wir es auch, wir in Neuenhagen, das „Bündnis für Familie“.

Umrahmt durch ein Kinderprogramm, eine Diskussionsrunde und im Beisein einer Ministerin der Landesregierung wurde unlängst in der Arche die Gründungsurkunde unterzeichnet.

Ich gehörte, im Auftrage unserer Ortsorganisation, neben den Vertretern der Gemeinde, von Schulen, Vereinen, Institutionen und Gewerbetreibenden zu den Unterzeichnern. Zwar zunächst übersehen, dann doch noch bemerkt, als Letzter. Immerhin.

Es liegt vielleicht an der Anlaufproblematik, aber ich bin nun plötzlich Mitglied zweier Arbeitsgruppen. Im Rahmen der Agenda-Bewegung, hatte ich mich für die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Familienfreundliche Gemeinde“ gemeldet. Das scheint gleichzeitig so eine Art Beitrittserklärung für die „Bündnissache“ gewesen zu sein, denn ich bekam bald eine Einladung zu einer Beratung der „Bündnisgruppe“. Dort stellte ich fest, dass ein großer Teil der Agendaleute sich auch da wieder fanden. Ich finde, dass darüber noch zu Reden ist. Denn wenn sich zwei Gruppen parallel mit weitgehend gleicher personeller Besetzung mit fast identischen Themen auseinandersetzen, finde ich das nicht praktisch. Wie auch immer sich die Sache klären wird, es geht natürlich um Sachfragen die die natürlichen, geradezu angeborenen Themen der Linken sind.

Ich finde es ausgesprochen gut, wenn Menschen unterschiedlicher politischer oder religiöser Bekenntnisse sich an einen Tisch setzen und überlegen wie man etwas besser machen könnte. Es hat durchaus etwas begeisterndes, zu erleben, mit welchem Elan die Menschen sich engagieren und die tollsten Ideen entwickeln. Im Wesentlichen geht es dabei um die Betreuung der älteren Bürger, um Bildungs- und Feizeitangebote für Kinder und Jugendliche oder die Zusammenführung der Generationen, zu beiderseitigem Nutzen.

Die ersten Arbeitsschritte widmeten sich u.a. der Analyse des Ist–Zustandes. Es wurden Gespräche mit Organisationen und Institutionen geführt und ein Fragebogen entwickelt, mit dem die Gedanken und Wünsche der Neuenhagener Bürger in Erfahrung gebracht werden sollen

Ich versäume nicht, immer wieder meinen Wunschtraum nach offenen Werkstätten für Kinder und Jugendliche vorzutragen. Auf diesem Gebiet habe ich meine Erfahrungen, als Lehrmeister für den polytechnischen Unterricht von Schülern der Siebenten bis Zehnten Klassen, gemacht. Ich habe erlebt mit welchem Stolz die Schüler ein mit eigener Hand gefertigtes Produkt vorgezeigt, mit wie viel Phantasie und Ideenreichtum sie an der Lösung von Problemen gearbeitet haben und wie sich ihr Selbstbewusstsein entwickelt hat.

Bevor mich meine eigene Begeisterung für diese Sache wegreißt, will ich noch einen anderen Gedanken hinzufügen: Bei allem Engagement und aller Begeisterung, die man bei vielen Leuten spürt, wenn die sich für ihre Sache in die Bresche hauen, bleibt so etwas wie ein Stachel der in mir bohrt.

In den Gesprächen, die sozusagen außerhalb der offiziellen Veranstaltungen geführt werden, hört man immer wieder eine Besorgnis heraus „Wer soll das bezahlen?“ Was nützen uns die schönsten Ideen, wenn dann das Geld fehlt sie umzusetzen. Auch mich beschäftigen solche Gedanken. Das, was von den Menschen im Rahmen dieser Bündnis- oder Agenda-Bewegung angestrebt und was als Mangel empfunden wird, sind die direkten Folgen einer unsozialen Politik, eines unsozialen Gesellschaftssystems.

Eine Regierung ruft zu mehr privatem Engagement bei der Überwindung der sozialen Schieflage auf, die sie mit zu verantworten hat. Ein bisschen paradox, darauf muss mal hingewiesen werden. Wenn sich diesem Gedanken der Eine oder Andere aus den Arbeitsgruppen anschließen könnte, vielleicht mehrere, vielleicht die Mehrheit, könnte sich Protest entwickeln. Wenn man das kombinieren könnte. Bearbeitung der Erscheinungen und der Wurzel des Übels, dass wäre gut. Bis es soweit ist, machen wir weiter in den Gruppen, bringen uns ein, sind präsent und ich werde immer wieder meine Werkstatt-Idee vortragen.

Das ist gute und notwendige Linke Arbeit.

Lothar Emmermacher

Unser nächstes Bildungsthema: **Wohin steuert die deutsche Wirtschaft?**

Die Konjunktur bleibt schwach, der Export stark und die Arbeitslosigkeit hoch.

Die Weltwirtschaft befindet sich seit 2003 in einer Phase des Aufschwungs und des stabilen Wachstums. Im Euroraum ist das Bruttoinlandsprodukt 2005 um 1,4 % angestiegen und für 2006 geht man von einer Steigerung um 2,5 % aus. Das Problem dabei ist: Dieses Wachstum trägt kaum etwas dazu bei das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen und gleichzeitig verfestigen sich weltwirtschaftliche Ungleichheiten. Die Arbeitslosigkeit konnte im Euroraum zwar zumindest von 8, 6 auf 7, 9 % abgebaut werden. Gleichzeitig hinkt die Bundesrepublik seit Jahren trotz riesiger Exportüberschüsse und sprudelnder Gewinne vor allem bei den exportorientierten Industrieunternehmen im Wachstum wie auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hinterher. In der Bundesrepublik lag die Arbeitslosenquote 2005 bei 11,2 % und wird 2006 vermutlich auf 10,4 % sinken. Das BIP stieg 2005 nur um 0,9 % und 2006 lediglich um 2,3 %.

In meinem Vortrag werde ich versuchen dieses Hinterherhinken der Bundesrepublik zu erklären: Wesentliche Gründe dafür sind die einseitige Exportorientierung der deutschen Wirtschaft und die Schwäche der Binnennachfrage. Diese Ursachen werden durch die Politik der Bundesregierung noch verstärkt: Der rigide Sparkurs der Finanzpolitik, die niedrigen Lohnsteigerungen und die Einsparungsrunden bei den Sozialtransfers sind die wesentlichen Ursachen für die Schwäche der deutschen Wirtschaft.

Dahinter steht aber ein breiteres Phänomen: die neoliberal ausgerichtete Globalisierung mit ihrer einseitigen Politik der Liberalisierung und Deregulierung.

Was verbirgt sich hinter diesen häufig gebrauchten Schlagworten? Und welche Alternativen sind nicht nur denkbar, sondern auch machbar? *Michael Popp*

Moderator wird sein: Michael Popp, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei MdB Ulla Lötzer, Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung

Literaturempfehlungen zur Vorbereitung:

- ***Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2006 (Kurzfassung) http://www.memo.uni-bremen.de/docs/memo06-kurz.pdf***
- ***Heinz-J. Bontrup. Arbeit Kapital & Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft“, erschienen 2005 bei PapyRossa in Köln.***
- ***aktuelle wirtschaftspolitische Informationen unter: http://wipo.verdi.de/***



Carola Hildebrandt (RLS), Moderatorin der 1. Bildungsveranstaltung

Landet die Wirtschaft der Bundesrepublik im Aus?

Die bundesdeutsche Wirtschaft wird seit gut 20 Jahren auf neoliberale Weise umgebaut. Ohne nachhaltigen Erfolg. Die wirtschaftliche Lage wird immer kritischer. Die Differenzierung der Gesellschaft in arm und reich, das Verkümmern der sogenannten Mittelschicht in Richtung arm und die Erkenntnis des Existierens einer „Unterschicht“ veranlasst die bürgerlichen Politiker zu immer neuen Schuldzuweisungen und Parolen, um die Löcher des bankrotten Systems zu verkleistern. Es sei noch nicht genug „reformiert“ worden, Deutschland sei erstarrt und verkrustet, es gäbe ein hartnäckiges Struktur-, kein Konjunkturproblem sagen die heute Tonangebenden. Kritiker dieser Politik machen die zielgerichtete Zerstörung des Regulationssystems der kapitalistischen Ökonomie für die negative Entwicklung verantwortlich.

Die ungehemmte Entfesselung des Kapitalismus, die relative Verselbständigung der Finanzmärkte, die Verschiebung der Machtbalance zwischen Lohnarbeit und Kapital in den Unternehmen und der Gesellschaft, hat eine wachsende Zerstörung der Lohnarbeitsgesellschaft und die nicht mehr zu beherrschende Massenarbeitslosigkeit zur Folge.

Daraus ergeben sich zwei Fragen:

- Wie konnte es zu dieser folgenreichen Veränderung der Machtverhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital kommen?
- Mit welcher wirtschaftspolitischen Reformkonzeption kann ein umfassender Politikwechsel angestrebt und durchgesetzt werden?

Eine „Demokratisierung der Wirtschaft“ ist an einen radikalen Kurswechsel geknüpft:

Mit einer Ausweitung der Staatsausgaben für öffentliche Investitionen und zur qualitativen Veränderung des Massenkonsums kann Vollbeschäftigung erreicht werden

Es geht nicht um mehr Wirtschaftswachstum innerhalb der überlieferten Einkommens- und Konsumstrukturen, sondern um die Herausbildung einer sozial und ökologisch verträglicheren Lebensweise. Und das erstreckt sich über alle Bereiche:

Rückkehr zur solidarischen Lohnpolitik, Besteuerung von Kapital- und Vermögenseinkommen, Demokratisierung der Unternehmensverfassung, Entwicklung eines neuen Typus von umfassender sozialer Sicherung, Wiederherstellung einer gemischten Ökonomie, umfassende Kontrolle und Steuerung der Finanzmärkte und der internationalen Finanzinstitutionen, Rückkehr zu einer wirtschaftlichen Gesamtsteuerung der Konjunktur.

Diese und andere interessante Fragen wollen wir auf unserer zweiten Bildungsveranstaltung am 13. Dezember 2006 im Haus der Senioren mit Michael Popp, Mitarbeiter von Ulla Lötzer, Mitglied des Bundestags der Linksfraktion, diskutieren.

Wie schon nach der gut besuchten ersten Bildungsveranstaltung am 20. Oktober 2006 gemeinsam festgestellt, sind solche Diskussionen sowohl für die Referenten als auch die Teilnehmer gegenseitig befruchtend. Für die tägliche Arbeit der GenossInnen und Symphatisanten sollte es ein unverzichtbares Bedürfnis werden, Gedanken und Ansichten zu den aktuellen Problemen auf diesem Wege zu schärfen.

Heinz Scharf